LESERBRIEFE

Ein herzliches Dankeschön

Fast in allen Gemeinden des Wiggertals waren sie in den 70er- und 80er-Jahren bekannt und etabliert: Jugendgruppen oder Jugendvereine gehörten zum Dorfleben. Zwischenzeitlich sind die meisten verschwunden. Nicht so in Richenthal. Am vergangenen Wochenende vom 14./15. April ging das 50. Wiegenfest des Vereins «Riidu aktiv» über die Bühne. Mit Herzblut und Leidenschaft wurde organisiert, dekoriert und gefeiert. Als Gast habe ich ein ganz

tolles Fest mit sehr guter Unterhaltung, gespickt mit witzigen Sketches und heisser Musik sowie funktionierender Festwirtschaft erlebt. Dem Organisationskomitee, präsidiert von Laura Müller, dem Vorstand, dem ganzen Verein und allen helfenden Händen danke ich ganz herzlich für die geleistete Arbeit. Dieser Abend «esch eifach de Hammer gsii».

Bernward Limacher, Richenthal

Anschluss an das Glasfasernetz

Das Glasfasernetz gehört heutzutage zur Grundversorgung. Dies ist ein Fakt, welcher die Swisscom, die zu 51% dem Bund gehört, ignoriert. Auch ländliche Gebiete, Weiler und abgelegene Haushalte haben ein Anrecht auf eine schnelle und zeitgemässe Internetverbindung. Die Randregionen dürfen nicht vergessen werden. Gerade Corona, das dazugehörige Homeoffice und die Schulschliessungen haben gezeigt, wie wichtig schnelle Internetverbin-

dungen für Angestellte, Gewerbler, Schüler, ja eigentlich für alle ist. Die Junge Mitte Wahlkreis Willisau fordert darum die verantwortlichen Stellen auf, möglichst schnell Rahmenbedingungen für ein flächendeckendes Glasfasernetz auch in den eher abgelegenen Regionen vom Wahlkreis Willisau zu sorgen.

Tim Kiser, Wauwil, Die Junge Mitte Wahlkreis Willisau

Baubewilligung für Kinderspital und Frauenklinik erteilt

KANTONSSPITAL Das Luzerner Kantonsspital kann mit dem Bau des neuen Kinderspitals und der neuen Frauenklinik starten. Die Baubewilligung der Stadt Luzern sei rechtskräftig, teilte das Kantonsspital am Freitag mit.

Bereits im Gang ist der Bau des neuen Parkhauses. Auf diesem werden die neuen Spitalbauten realisiert. Die Fertigstellung des gesamten Baus sei auf Ende 2025 und die Inbetriebnahme auf Mitte 2026 vorgesehen.

Der Neubau mit fünf Operationsund sieben Gebärsälen wird aus zwei eigenständig wahrnehmbaren Baukörpern bestehen, einen für das Kinderspital und einen für die Frauenklinik. Die beiden Institutionen werden Tür an Tür gebaut, damit das Kantonsspital weiterhin als Perinalzentrum anerkannt wird. Diese Zentren sind auf Risikoschwangerschaften und -geburten anerkannt.

Gesuch für Helikopterlandeplatz

Noch diesen Frühling will das Kantonsspital ein Baugesuch für einen Helikopterlandeplatz auf dem Kinderspital einreichen. Dieser sei nötig, weil dieses nicht nur die Grundversorgung anbieten werde, sondern auch Kinder mit schweren akuten Erkrankungen oder schwersten Verletzungen behandeln werde, teilte das Kantonsspital mit.

Das Kinderspital ist über 50 Jahre alt und wird abgerissen. Die 2001 eröffnete Frauenklinik wird saniert und soll umgebaut und weiter genutzt werden.





Der vormalige CEO Urs Riedener (links) übernimmt von Konrad Graber das VR-Präsidium. Fotos zvg

Urs Riedener folgt auf Konrad Graber

sammlung der Emmi AG haben die Aktionärinnen und Aktionäre alle Anträge des Verwaltungsrats genehmigt. Urs Riedener ist als neuer Präsident des Verwaltungsrats gewählt. Er folgt auf Konrad Graber, der nach 14 Jahren nicht mehr zur Wahl antrat.

An der 30. ordentlichen Generalversammlung der Emmi AG haben 1681 Aktionärinnen und Aktionäre ihre Stimme nach drei Jahren Unterbruch erneut in physischer Präsenz abgegeben. Sie vertreten 4275 300 Aktien oder 79.91 % des Aktienkapitals.

«In den 14 Jahren als Präsident des Verwaltungsrats durfte ich immer auf das Vertrauen der Aktionärinnen und Aktionäre von Emmi zählen. Wir haben in dieser Zeit viele Herausforderungen gemeistert. Auch personell ist Emmi top besetzt», erklärt Konrad Graber, abtretender Präsident des Verwaltungsrats. Der neu gewählte Präsident Urs Riedener fügt hinzu: «Emmi ist strategisch grundsolide aufgestellt. Unserem scheidenden Präsidenten des Verwaltungsrats, Konrad Graber, danke ich

dafür wie auch für die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit in meiner früheren Funktion als CEO.»

Dividende eneut erhöht

Die Generalversammlung der Emmi AG hat alle Anträge des Verwaltungsrats gutgeheissen. Sie genehmigt den Lagebericht, die Konzernrechnung und die Jahresrechnung 2022 sowie entlastet die Mitglieder des Verwaltungsrats für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2022, wie Emmi mitteilt.

Die Aktionärinnen und Aktionäre stimmten der 8. Erhöhung in Folge der Dividende auf CHF 14.50 (Vorjahr: CHF 14.00) pro Namensaktie und deren Ausschüttung zu. Die Dividende wird am 19. April 2023 ausbezahlt. Die Generalversammlung genehmigte die Gesamtsumme der Vergütungen. Detaillierte Informationen dazu sind im Vergütungsbericht 2022 und der Einladung zur Generalversammlung 2023 enthalten.

Neue Verwaltungsrätin

Die Aktionärinnen und Aktionäre folgten den Anträgen des Verwaltungsrats bei allen Traktanden zu den Wahlen im Verwaltungsrat. Sie wählten alle sieben zur Wiederwahl antretenden Mitglieder wieder.

Urs Riedener, vormaliger CEO, ist als neuer Präsident des Verwaltungsrats gewählt und nimmt Einsitz im Personal- und Vergütungsausschuss. Er folgt auf Konrad Graber, der nach 17 Jahren als Mitglied des Verwaltungsrats und davon 14 als dessen Präsident nicht mehr zur Wahl antrat. Nadja Lang ersetzt als neues Mitglied des Verwaltungsrats die nicht mehr zur Wahl antretende Alexandra Post Quillet.

Der Verwaltungsrat weise mit Markt-, Finanz- und Landwirtschaftsexperten, breiter internationaler Erfahrung sowie vier Frauen und fünf Männern eine gute Diversität auf, heisst es in der Medienmitteilung von Emmi.

Die Revisionsstelle KPMG AG aus Luzern ist als Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2023 bestätigt und der unabhängige Stimmrechtsvertreter Pascal Engelberger, Rechtsanwalt aus Luzern, erneut gewählt.

Statutenänderungen angenommen

Die vom Verwaltungsrat vorgeschlagenen Statutenänderungen hat die Generalversammlung genehmigt. Die Änderungen sind insbesondere auf das am 1. Januar 2023 in Kraft getretene Aktienrecht zurückzuführen.

BRIEF

aus dem Nationalrat



Leo Müller Mitte, Ruswil

Einen Brief aus dem Nationalrat zu schreiben, ohne auf die ausserordentliche Session zur Übernahme der CS durch die UBS hinzuweisen, ist wohl nicht möglich. Zwar wurde schon sehr

Die Arbeit geht nicht aus

vieles darüber berichtet und geschrieben, aber auf einen Aspekt weise ich

Die beiden Polparteien SVP und SP haben zusammen mit den Grünen die Vorlage im Nationalrat abgelehnt. SVP und SP sind zusammen im Bundesrat mit vier Personen vertreten und sind somit in der Mehrheit. Ebenso stellen diese beiden Parteien in der Finanz-

delegation – diese besteht aus insgesamt sechs Mitgliedern – die Hälfte der Mitglieder. Neben dem Bundesrat hat auch die Finanzdelegation am Sonntag, 19. März 2023 der Vereinbarung zur Übernahme der CS durch die UBS mit den entsprechenden Garantien des Bundes zugestimmt. Beide Gremien stehen somit hinter der Vorlage. Im Parlament sah dies anders aus: gerade diese beiden Parteien haben die Vorlage abgelehnt und ihre Vertreter im Bundesrat und in der Finanzdelegation «im Regen stehen gelassen». Das zeigt, dass heute Parteien in der Regierungsverantwortung stehen und gleichzeitig Opposition machen. Diese Zwitterstellung gab es früher nicht. Ist diesbezüglich ein alter Schweizer Wert verlorengegangen?

Ich habe dieser Vorlage zugestimmt, nicht weil ich der Meinung bin, dass dies eine gute Sache wäre, sondern aus einer Gesamtverantwortung heraus. Für den Bundesrat und die Finanzdelegation war der Entscheid am Sonntag, 19. März 2023 ganz schwierig. Wäre keine Lösung zustande gekommen, wäre die Credit Suisse am Montag stillgestanden. Der Zahlungsverkehr über diese Bank wäre nicht mehr möglich gewesen; ebenso hätten die Kreditlimi-

ten für die Unternehmen nicht mehr in Anspruch genommen werden können. Gleichzeitig wären Tausende Mitarbeitende vor dem Nichts gestanden.

Was jetzt wichtig ist, ist die Zukunftsgestaltung. Sie werden jetzt denken, das sei schon nach der Finanzkrise im 2008 gesagt worden. Ja, das stimmt. Aber jetzt ist eine Neuregelung umso wichtiger, da wir nur noch eine Grossbank haben. Was sind denn mögliche Regelungspunkte? Zum Beispiel:

- > weitere Erhöhung des Eigenkapitals für systemrelevante Banken, allenfalls in Abhängigkeit ihrer Grösse;
- > weitere Erhöhung der Liquidität; > Aufspaltung der Geschäftstätigkeiten im Inland und insbesondere Abtrennung des internationalen (riskanten) Investment-Geschäfts;
- > strenge Vorschriften betreffend Boni; > Verstärkung der Kompetenzen und Pflichten der FINMA;
- >strengere Haftungsregelungen für Verantwortungsträger;
- > Schaffung der Möglichkeit für den früheren Eingriff durch die Nationalbank.

Diese Fragen müssen zeitnah geklärt werden. Die WAK des Nationalrates hat deshalb beschlossen – und der Nationalrat ist ihr gefolgt –, dass der Bundesrat quartalsweise Bericht erstatten muss, wie weit diese Arbeiten fortgeschritten sind und wann eine entsprechende Vorlage dem Parlament unterbreitet wird.

Andere Themen nicht vergessen

Trotz dieser CS-Krise sind politisch auch viele andere Themen zu bearbeiten: So beschäftigt mich der Arbeitskräftemangel (ist nicht mehr nur Fachkräftemangel). Trotz hoher Einwanderung haben wir viele unbesetzte Stellen in der Schweiz. Weshalb ist das so und was kann dagegen unternommen werden? Ich habe in der Frühjahrssession eine Interpellation eingereicht und dem Bundesrat diverse Fragen zur Klärung gestellt

Weiter beschäftigen uns die Energie- und Klimafrage, die steigenden Gesundheitskosten und damit einhergehend die massive Steigerung der Krankenkassenprämien. Ebenso in den Griff bekommen müssen wir die Teuerung. Und eines wird uns in der nächsten Budgetberatung beschäftigen: die Bundesfinanzen, denn für das Budget 2024 wird ein Korrekturbedarf

von rund 2 Milliarden Franken erforderlich sein.

Und zu guter Letzt noch eines: Die Heiratsstrafe gilt abgeschafft. Die Mitte sammelt Unterschriften für zwei Initiativen: Die Abschaffung der Heiratsstrafe bei den Steuern und die Abschaffung der Heiratsstrafe bei den AHV-Renten. Im Gegensatz dazu wollen die FDP-Frauen mit einer Initiative die Individualbesteuerung einführen. Das heisst, dass jeder Ehegatte selber eine Steuererklärung einzureichen hätte. Das lehne ich ab. Wir müssen nicht eine Lösung suchen, bei der über 1,6 Millionen zusätzliche Steuererklärungen einzureichen sind, die dann alle zusätzlich bearbeitet werden müssen. Diese Administrativlast müssen wir uns nicht aufladen. Zudem: Die Kantone und Gemeinden haben dieses Problem schon lange gelöst, nur der Bund war bis anhin dazu nicht in der Lage. Mit der Initiative der Mitte soll gezielt nur das Bundessteuergesetz geändert werden, nicht aber die Steuergesetze aller 26 Kantone, wie dies bei der Individualbesteuerung nötig wäre.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, viel Spass bei der Beobachtung der politischen Arbeit.